

J5 Kein Fussbreit dem Faschismus – rechte Netzwerke konsequent zerschlagen, Betroffene endlich schützen!

Antragsteller*in: Juros Thüringen

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Im Mai 2025 kam es bundesweit zu Razzien gegen mehrere Jugendliche zwischen 14
2 und 18 Jahren - auch in Thüringen, etwa im Altenburger Land und im Ilmkreis. Den
3 Beschuldigten wird vorgeworfen, Teil des rechtsterroristischen Netzwerks „Die
4 letzte Verteidigungswelle“ zu sein und sich zu Brandanschlägen auf
5 Geflüchtetenunterkünfte und linken Einrichtungen verabredet zu haben. Sie
6 versuchten gar nicht, ihr Ziel zu verschleiern: das demokratische System der
7 Bundesrepublik zu stürzen. Mittlerweile fühlen sich Rechte so sicher, dass sie
8 glauben, die eigene Agenda nicht mehr verheimlichen zu müssen.

9 Doch bei bloßen Ankündigungen blieb es nicht: Am 05. Januar 2025 wurde in
10 Schmölln ein Anschlag auf die lokale Geflüchtetenunterkunft verübt. Steine
11 wurden durchs Fenster geschmissen, Wände mit rassistischen Parolen beschmiert
12 und Pyrotechnik gezündet, um das Gebäude in Brand zu stecken. Der Tod der
13 Bewohner:innen wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern von Beginn an
14 einkalkuliert. Dass bei dem Übergriff lediglich eine Person verletzt wurde, ist
15 ausschließlich dem Zufall geschuldet. Es war nicht die erste Tat - die beiden
16 Beschuldigten sollen seit Jahren für Übergriffe verantwortlich sein. Das ist
17 kein „Ausrutscher“, und vor allem keine „Jugendsünde“, sondern beispielhaft für
18 ein bundes- und landesweites Muster: Ob in Schmölln, im Ilmkreis, in Suhl oder
19 Erfurt. Die Rechtsextremen trauen sich mehr denn je aus ihren Löchern, ihre
20 Ideologie gewinnt an Zulauf, rechtsextreme Übergriffe häufen sich und die
21 Täter:innen werden immer jünger - und vor allem gewaltbereiter.

22 Spätestens seit den rechtsextremen Belagerungen von CSD-Veranstaltungen im
23 letzten Sommer ist klar: Die Szene befindet sich in einem krassen Aufschwung.
24 Die abscheulichen Szenen des wütenden Mobs am Leipziger Hauptbahnhof haben sich
25 in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Ob „Deutsche Jugend Voran“, lokale
26 Ableger der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der Partei „Die
27 Heimat“, ehemals „NPD“, wie etwa die „Gersche Jugend“ oder die „Elblandrevolte“
28 oder parteiungebundene Gruppierungen - die Szene ist stramm organisiert. Dabei
29 sprechen die Rechtsextremen gezielt Jugendliche mit ihrer Propaganda an. Laut
30 Verfassungsschutzbericht 2024 haben 25 % der Jugendlichen in Thüringen rechte
31

oder rechtsextreme Einstellungen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Szene sucht seit Jahren planvoll die Nähe zu Jugendlichen - online, im Sportverein, im Jugendclub. Der einst totgesagte Sumpf der extremen Rechten umfasst in Thüringen heute rund 3.300 Personen - und er wächst weiter.

Rechte Gewalt macht 54 % aller politisch motivierten Gewalttaten in Thüringen aus. Im Schnitt gibt es vier rechtsmotivierte Angriffe pro Woche. Das sind doppelt - ja doppelt - so viele wie im Vorjahr und ein Trend, dem wir uns unentwegt entgegenstellen werden. Es darf nicht wieder zum Normalzustand werden, dass rechtsextreme Schlägertrupps durch unsere Straßen ziehen! Die Baseballschlägerjahre sind vorbei und es liegt an uns, dass das auch so bleibt.

Doch der Rechtsextremismus war nie weg, genauso wenig wie rassistische, homophobe, queerfeindliche und antisemitische Gewalt. Im Gegensatz zu heute haben Gesellschaft und Medienöffentlichkeit in der Vergangenheit lediglich weggeschaut.

Es genügt eine andere Hautfarbe, ein politisches Statement auf der Kleidung oder ein religiöses Symbol zu tragen, um ins Visier rechtsextremer Gewalttäter:innen zu geraten. Menschen werden beleidigt, eingeschüchtert und angegriffen. BIPOC, queere und linke Menschen fühlen sich in Thüringen schon lange nicht mehr sicher. Die Gewalt ist enthemmt, findet am helllichten Tage auf offener Straße statt - und das Thüringer Innenministerium schaut zu. Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen seit Jahren vor der wachsenden rechten Bedrohung, der Vernetzung der Szene und ihrer immer besseren Finanzierung.

Die strukturierte Aufbauarbeit der rechten Szene in den vergangenen Jahren trägt Früchte, die Szene wächst stetig weiter und erlangt vermehrt öffentliche Aufmerksamkeit. Die Behörden stehen dem unvorbereitet gegenüber. Jahrelang haben es das Innenministerium in Thüringen, das Bundesinnenministerium und auch die Bundesregierungen verschlafen, das Problem anzugehen. Viel schlimmer noch, sie haben das Problem totgeschwiegen. Das ist nicht nur eine sicherheitspolitische Bankrotterklärung, sondern auch ein Offenbarungseid des eigenen politischen Versagens.

Neben der tagtäglichen Bedrohungslage für Leib und Leben stellt die rechtsextreme Gewalt noch eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr dar, nämlich für unser aller politisches Engagement - und damit schlussendlich auch für unsere Demokratie. Wenn Menschen sich zweimal überlegen, ob sie den linken Jutebeutel tragen, den Button am Rucksack oder den Sticker am Laptop zeigen, oder „linke“ Erkennungszeichen im Bus oder der Straßenbahn lieber verdecken, ist das keine „private Sicherheitsmaßnahme“. Es ist der Beweis, dass der Staat seinen verfassungsrechtlich garantierten Schutzpflichten nicht nachkommt! Es darf nicht weiter geschwiegen, verharmlost und weggeschaut werden. Es wird allerhöchste Zeit, dass der Staat seinen Aufgaben endlich konsequent nachkommt:

die rechte Gefahr erkennt, benennt und handelt!

Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge daher beschließen:

1. Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung dauerhaft absichern

Zivilgesellschaftliche Träger sind Schlüsselakteure im Kampf gegen Rechts. MoBiT und viele vor allem auch lokale Initiativen sorgen für Prävention, Beratung und Schutz demokratischer Räume, werden aber oft nur projektfianziert. Es ist ein Skandal, dass die Initiativen, die seit Jahren vor den Gefahren von rechts warnen und Betroffene schützen, jedes Jahr aufs neue um ihre Existenz bangen und für ihre weitere Förderung kämpfen müssen. Wir fordern die Landesregierung deswegen dazu auf, die sofortige und dauerhafte Absicherung der Förderprogramme für Initiativen gegen Rechtsextremismus und die Neue Rechte zu gewährleisten und dies verbindlich in den kommenden Haushalten zu verankern. Wir fordern außerdem die Bundesregierung dazu auf, endlich ein Demokratieförderungsgesetz vorzulegen, das die stabile Finanzierung demokratischer Bildungs- und Präventionsarbeit sicherstellt. Demokratie kostet, aber das sollte sie uns wert sein!

2. Mobile Beratung und niedrigschwellige Hilfsangebote ausbauen und finanzieren

Insbesondere im ländlichen Raum breiten sich die Rechtsextremen aus und haben teilweise schon die Oberhand in einzelnen Ortschaften und Nachbarschaften gewonnen. Dort fühlen sie sich sicher, unbeobachtet und können den herrschenden Frust über bestehende Missstände für ihre Propaganda und Mobilisierung nutzen. In diesen Orten sind insbesondere die mobilen Beratungsstellen die ersten Anlaufstellen für Betroffene, für konkrete Hilfe. Beratungsstellen können außerdem dabei helfen, die rechte Durchdringung von Jugendkulturen zu erkennen und pädagogisch zu intervenieren. Wir fordern eine flächendeckende und langfristige Finanzierung durch eine feste Landesförderung, damit nicht nur die Städtekette, sondern auch die ländlichen Regionen die mobilen Beratungen rund um die Uhr an jedem Ort in Thüringen in Anspruch nehmen können.

3. Systematische Demokratieförderung in Schule und Jugendarbeit

Gute Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit schützen vor Rechtsradikalisierung. Wir fordern die Landesregierung - insbesondere das Bildungsministerium - dazu auf, verbindliche Demokratieförderung und Antidiskriminierungsarbeit im Lehrplan zu verankern, entsprechende Lehrkonzepte, Fortbildungen und Materialien für Lehrkräfte bereitzustellen sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern der Demokratieförderung im umfassenden Umfang zu finanzieren. Dabei ist wichtig, dass Demokratie auch erlebbar ist und nicht nur theoretisch vermittelt wird.

4. Gegenstrategien gegen Radikalisierung im digitalen Raum entwickeln

Digitale Räume sind Rekrutierungsorte. Die Neue Rechte nutzt sehr gezielt virale Formate und Plattform-Algorithmen. Wir fordern landesweite Programmen zur digitalen Medienbildung in Schulen und Jugendeinrichtungen - inklusive spezialisierter Angebote zur Erkennung und zum Debunking neurechter Narrative und Verschwörungsmythen. Einem pauschalen Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige erteilen wir eine klare Absage. Statt Verboten braucht es Aufklärung und Bildung - auch in der Erwachsenenbildung, weil Desinformation alle Altersgruppen trifft. Außerdem dürfen die Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung gelassen werden: rechte Hetze, HateSpeech und Desinformation müssen konsequent gelöscht werden, Profile von Akteuren der rechtsextremen Szene dürfen keine Accounts auf den entsprechenden Plattformen haben.

5. Monitoring ausbauen und länderspezifische Lagebilder erstellen

Wer wegschaut, kann das Problem nicht erkennen. Um endlich ein klares Bild der Szene, ihrer Ansätze und Akteure zu gewinnen und entsprechend handeln zu können, fordern wir die Förderung unabhängiger Forschung zu Strategien der Neuen Rechten. Die anhaltende Ignoranz schützt die Szene, wir müssen endlich wissen, was passiert.

6. Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

Wenn Nazis keine Strafe zu befürchten haben, gibt es keinen Grund für sie zu stoppen. Es braucht endlich konsequente Strafverfolgung. Deswegen fordern wir mehr Personal bei Polizei und Justiz, um die zügigen Verfolgung von Hasskriminalität und rechten Delikten sicherstellen zu können sowie verpflichtende Fortbildungen für Richter:innen, Staatsanwält:innen und Polizei zu rechter Ideologie, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, digitaler Hetze und deren Erkennungszeichen. Wir fordern Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen Hasskriminalität und rechte Netzwerke, fokussiert auf rechtsmotivierte Delikte.

7. Opferschutz und Opferberatung stärken; Opferschutzbeauftragte:n einführen

Beratungsstellen für Betroffene werden kaputt gespart, die psychosoziale Beratung schrittweise von einem sowieso nur geringen Niveau weiter zurückgeschraubt. Dabei sind Einrichtung wie elly, die Beratungsstelle gegen Hatespeech, essenziell, um Betroffene rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt emotional, psychosozial, praktisch zu begleiten. Wir fordern deswegen den Ausbau staatlich finanzierter Opferberatungsstellen und deren umfassende Finanzierung. Betroffene rechte Gewalt dürfen nicht alleine gelassen werden. Wir schließen uns der Forderung von ezra nach Einführung eines Opferschutzbeauftragten in Thüringen (angesiedelt an der Staatskanzlei) an. Die

SPD-Bundestagsfraktion soll sich für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer rechter Gewalt einsetzen. Es darf nicht mehr bei leeren Worten des Mitleids bleiben, es müssen endlich Taten folgen.

8. Rechtsstaatliche Resilienz erhöhen

Rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden sind reale Gefahr. Nicht nur einmal wurden sie aufgedeckt. Aber statt nachhaltiger Konsequenzen oder Veränderungen im System, um solche zukünftig zu verhindern, wurden die Skandale totgeschwiegen, ausgesessen und nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit weitergemacht wie bisher. Damit muss endlich Schluss sein. Eine Demokratie kann keine Faschist:innen in Uniform dulden. Denn damit beschleunigt sie ihren Verfall. Wir fordern deswegen die unabhängige Beobachtung von Polizei und Sicherheitsbehörden hinsichtlich rechter Netzwerke und rassistischer Vorfälle und bekräftigen unsere Forderung nach einer unabhängigen Behörde, die Missstände in der Polizei verfolgt und aufklärt. Es braucht Transparenzpflichten für Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung von rechten Strukturen, um die schnelle und konsequente Entfernung Betroffener aus dem Dienst sowie zügige, unabhängige Ermittlungen sicherzustellen.

9. Keine Feuerkraft für Faschos

Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass Rechtsextreme im Besitz von Waffenscheinen und Waffen sind. Ihnen muss konsequent die Berechtigung zur Nutzung und des Besitzes von Waffen entzogen werden. Das Landesinnenministerium fordern wir deswegen dazu auf, bei seiner harten Linie zu bleiben und die Verwaltungen dazu anzuweisen, diese Linie konsequent umzusetzen. Außerdem fordern wir das Bundesinnenministerium dazu auf, schnellstmöglich eine bundesweite Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, Rechtsextreme konsequent zu entwaffnen. Es darf nicht länger mit der Beschlagnahmung aller Waffen im rechtsextremen Milieu gewartet werden. Das nächste Opfer ist sonst nur eine Frage der Zeit.